

Finanzstrategie einer privaten Hochschule



Die Fachhochschule für die Wirtschaft (FHDW) Hannover - Eckdaten:

- Staatlich anerkannte gemeinnützige Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft
- Gründung auf Initiative der Nixdorf AG
 - 1973: b.i.b. (Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe)
 - 1996: Fachhochschule für die Wirtschaft
- Gründungsidee:
umfassende berufliche Ausbildung in den damals neuen IT-Berufen
- Heutige Ausrichtung: Vermittlung einer umfassenden informationstechnischen und betriebswirtschaftlichen Kompetenz in Zusammenarbeit mit mehr als 200 Partnerunternehmen
- Studierendenzahl 2013: 550
- Umsatz: ca. 3 500 000 € in 2013
- Wirtschaftliche Zielsetzung: nachhaltige Kostendeckung
- Serviceziel: Qualitätsführerschaft in Lehre und Betreuung

Die Institution

Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe e.V.



100-prozentige Tochter

Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe gGmbH



Trägerschaft für die FHDW Hannover

Fachhochschule für die Wirtschaft Hannover (FHDW)

Präsident

Hochschulkonferenz
(Organ)

Verwaltung/
IT-Support/

Prüfungsausschuss
(Organ)

Abteilung
Informatik/Mechatronik

Studierendenschaft

Abteilung
Betriebswirtschaftslehre

Die Bilanz der b.i.b. gGmbH

Aktiva (in Tsd. Euro)	2010	Passiva (in Tsd. Euro)	2010
A. Anlagevermögen	172.383	A. Eigenkapital	888.982
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.340	I. gezeichnetes Kapital	256.000
II. Sachanlagen	168.043	II. Kapitalrücklagen	223.305
III. Finanzanlagen	0	V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	409.677
B. Umlaufvermögen	3.145.572	VI. (ggf.) Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	
I. Vorräte/Vorratsvermögen	0	B. Rückstellungen	1.362.314
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	229.068	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.362.314
- davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	65.200	C. Verbindlichkeiten	1.015.909
III. Wertpapiere		- Davon langfristige Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	885.139
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.916.504	- Davon mittelfristige Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von 1-5 Jahre	66.892
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.240	- Davon kurzfristige Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	63.878
D. (ggf.) Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		D. Rechnungsabgrenzungsposten	69.990
Bilanzsumme Aktiva	3.337.195	Bilanzsumme Passiva	3.337.195

Die G+V der b.i.b. gGmbH

	2010
Umsatzerlöse	3.087.217
Erlöse aus Studiengebühren (inkl. Prüfungsgebühren etc.)	3.087.217
Sonstige Umsatzerlöse	0
Erträge aus Dritt- und Fördermitteln (inkl. Sponsoring und Spenden)	360.630
Erträge aus Stiftungserlösen	0
Erträge aus Wertpapieren, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	148.802
Sonstige betriebliche Erträge	1.068.589
Außerordentliche Erträge	350.000
Materialaufwand	0
Personalaufwand	2.771.332
Löhne und Gehälter	2.275.753
- Professorengehälter	1.833.000
- Gehälter Dozenten und Wiss. Mitarbeiter	247.753
- Sonstiges Personal	195.000
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	495.579
Abschreibungen	103.230
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.730.997
Außerordentliche Aufwendungen	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	409.677

Finanzstrategie

Zielsetzung

Erreichen einer nachhaltigen Kostendeckung bei gleichzeitiger Steigerung von Service- und Lehrqualität

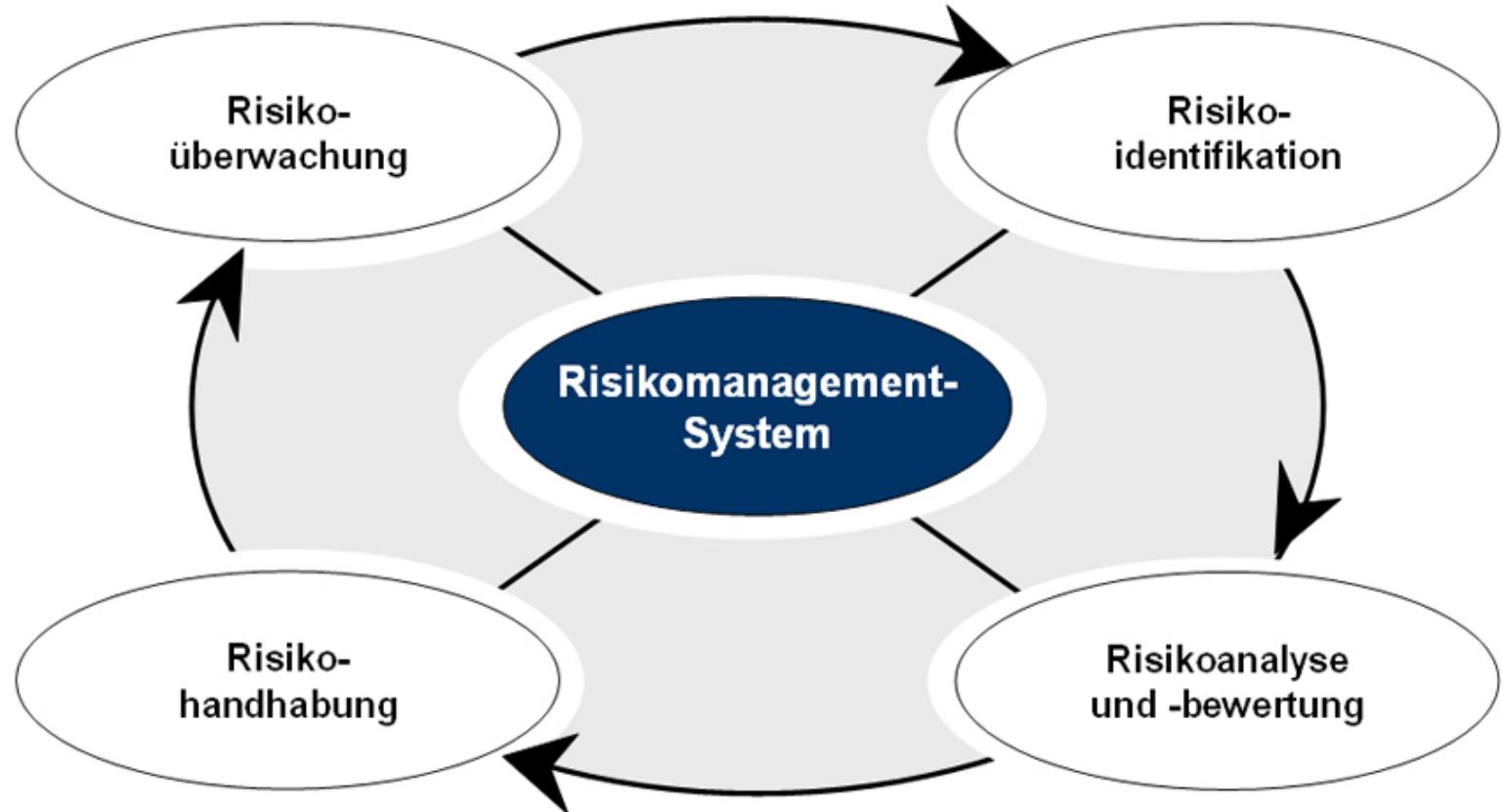
Finanzinstrumente

1. Erhöhung des Gebührenvolumens durch Nachfragesteigerung
2. Erhöhung der monatlichen Studiengebühren
3. Kostenmanagement
 - u.a. Variabilisierung der Kosten (Lehrbeauftragte, Überstunden bei Festangestellten)
 - u.a. umfassender IT-Einsatz in der Verwaltung etc.
4. Vermögensmanagement
5. Bürgschaft durch Trägergesellschaft

Steuerungsinstrumente

1. Finanz- und Liquiditätsplanung
2. Risikomanagementsystem
3. Weitgehende Entscheidungskompetenzen der Hochschulleitung in Finanzfragen

Risikomanagementsystem 1



Risikomanagementsystem 2

Identifizierte Risiken:

1. Marktrisiken

- Nachfragerückgang in der Informatik und/oder der BWL
- Markteintritt neuer Wettbewerber (privat)
- Markteinführung von konkurrierenden Studienangeboten
- Niedrigzinspolitik

2. Betriebsrisiken

- Regulierungsmaßnahmen des Staates (Nichtgenehmigung von Studiengängen, Erhöhung der Genehmigungsgebühren etc.)
- Dozentenmangel
- Unzufriedenheit der Studierenden und der Kooperationsunternehmen

Anmerkung zur Leistungsfähigkeit des Risikomanagementsystems

- Risiken werden transparent und bewusst
- Einleitung von risikosteuernden Maßnahmen erst „im Schadensfall“
- Erheblicher bürokratischer Aufwand

Umgang mit Markt- und Betriebsrisiken 1

(Präventive) Maßnahmen gegen Nachfrageschwankungen und Kostensteigerungen

1. Gebührenerhöhungen (letztmalig in 2002 und 2011)
2. Nachfragestabilisierende und –steigernde Maßnahmen
 - Qualitätsmanagement in der Lehre zur Sicherung/Ausweitung des Marktpotenzials
 - => Erhalt einer hohen Empfehlungsquote
 - => Sicherung der Firmenkooperation
 - => Steigerung der Reputation (bspw. im CHE-Ranking)
 - Werbeerfolgsmessung zur Effizienzsteigerung in der Werbung
 - => Reduzierung der Verwaltungskosten

Umgang mit Markt- und Betriebsrisiken 2

(Präventive) Maßnahmen gegen Nachfrageschwankungen und Kostensteigerungen

3. Kostenmanagement

- Flexibilisierung des Personaleinsatzes (breiter Einsatzbereich aller Professor(inn)en)
- Variabilisierung der Kosten (Überstunden in der Lehre, 40 % Lehrbeauftragte, Anmietung von Räumen, Outsourcing von Verwaltungsaufgaben)
- freiwillige Erhöhung der Lehrdeputate um 56 h auf 640 h /Jahr
- Einführung eines Workflowsystems zur Abwicklung aller administrativen Prozesse
=> Steigerung der Servicequalität

(Präventive) Maßnahmen gegen Nachfrageschwankungen und Kostensteigerungen

4. Vermögensmanagement

- Vollständige Überführung von Überschüssen in den Kapitalstock der Hochschule
- professionelles externes Management des Kapitalstocks (Performance: 1,5 %)
- Vermögenserträge werden (teilweise) zur Forschungsförderung verwendet
- Vermögensminderung bei Betriebsverlusten

5. Bürgschaftserklärung der Trägergesellschaft: Bestandssicherung für mindestens fünf Jahre

6. Verzicht auf finanzielle Unterstützung des Landes Niedersachsen

FAST WIE EINE FAMILIE. FHDW

